

BESCHLUSSHEFT



der 2. Landesmitgliederversammlung 2021 der Linksjugend [solid] Hessen
am 30. und 31. Oktober in Frankfurt am Main

Inhaltsverzeichnis:



Die Linksjugend ist kein Wahlverein, sondern ein kämpferischer Verband [...]	S. 3
Afghanistan darf sich nicht wiederholen!	S. 4
Beteiligung am Friedensratschlag	S. 4
Beteiligung an der Luxemburg-Liebknecht-Demonstration	S. 5
1,5 Jahre Corona-Pandemie – Raus aus der Krise heißt raus aus dem Neoliberalismus!	S. 5
Wissenschaftlich-sozialistische Bildung stärken	S. 9
Solidarität mit dem rebellischen Lateinamerika	S. 10
Alle Wege des Antikommunismus führen zur Repression	S. 10
Bundesparteitag der AfD nicht unkommentiert lassen!	S. 11
Für ein Hessen, das Geflüchtete in Not aufnimmt	S. 11
Unsere Haltung zu einer linken Regierungsbeteiligung	S. 11
Forderungen zu Arbeitsbedingungen im Gesundheitssystem	S. 11
Mehr Inklusion für alle – In der Ruhe liegt die Kraft	S. 15
Basisdemokratie muss Praxis werden	S. 15
Täterschutz angreifen – feministische Solidarität aufbauen	S. 15
Resolution – Schluss mit Täterschutz!	S. 16

Die Linksjugend ist kein Wahlverein, sondern ein kämpferischer Verband **– Schluss mit der einseitigen Parlamentsfixierung**

Die Beteiligung an bürgerlichen Parlamenten spielt für die Arbeiterbewegung zweifellos eine wichtige Rolle. Welche Rolle Parlamente spielen, wie wir unsere Mandate nutzen und welche Veränderungsperspektive sich überhaupt für die sozialistische Linke in einem kapitalistischen Deutschland bietet, wird kaum noch diskutiert.

Durchgesetzt hat sich in weiten Teilen von Partei und Jugendverband ein naives Staatsverständnis, das vor Illusionen in den bürgerlichen Politikbetrieb nur so trieft. Der Staat ist eben kein klassenneutraler Staat, über dessen repräsentativ gewählte Organe ein fairer Interessenausgleich stattfindet. Der Staat ist und bleibt ein Instrument der ihn beherrschenden Klasse, Parlamentsbeteiligung auch für oppositionelle Kräfte dient in erster Linie zur Integration dieser. Opposition und kritische Aufklärung wird geduldet, eine Regierungs- oder gar Machtbeteiligung aber wird verhindert, wenn es ans Eingemachte geht: Die deutsche Staatsräson und die Eigentumsverhältnisse.

Aktuellstes Beispiel: Volksentscheid in Berlin. Trotz Mehrheit für Enteignungen, wird die Neuauflage von RRG den Volksentscheid nicht umsetzen, sondern durch langwierige Prüfaufträge verschleppen. Auch die LINKE. Berlin hat die Umsetzung des Volksentscheids nicht zur Koalitionsbedingung erhoben. Das liegt unserer Meinung nach an einem falschen Verständnis von politischen Veränderungsperspektiven. Als sozialistischer Jugendverband einer sozialistischen Partei wollen und dürfen wir uns nicht damit zufriedengeben.

Die Beteiligung an Wahlen und Parlamenten stellen wir nicht infrage. Uns geht es darum, wie wir mit Wahlkampf und Parlamentsbeteiligungen umgehen: Als politische Bühne für den Klassenkampf, als Potenzial, Menschen dazu aufzurufen sich für ihre Interessen einzusetzen. Organisierend, nicht stellvertretend. Als sozialistische Kraft, die Gegenmacht organisiert, muss unser Auftreten in der Öffentlichkeit oppositionell und systemkritisch sein. Der Druck von fortschrittlichen Bewegungen muss in unseren Fraktionen parlamentarisch aufgegriffen und verstärkt werden. Nicht bremsend wie die Berliner Regierungssozialisten in der Frage des Volksentscheids oder gar reaktionär wie die Brandenburger, die die Verschärfung der Polizeiaufgabengesetze mittrugen.

Wir müssen den Kampf um andere Verhältnisse außerparlamentarisch in und mit fortschrittlichen Bewegungen wie der Mieter:innenbewegung Deutsche Wohnen und Co. Enteignen in Berlin und Streikbewegungen führen. Aber unser Verband muss eben auch da politisch wirken, wo die Genoss:innen leben und verankert sind: In Schule, Uni und Betrieb, in Stadtvierteln und Dorfgemeinschaften.

Von den Genoss:innen der KPÖ Graz können wir lernen, wie man sich durch konkrete Sozialberatung, linken Kulturangeboten und kreativen Aktionen in der Öffentlichkeit vor Ort verankert.

Wir fordern also zusätzlich zu der Arbeit in den Parlamenten eine verstärkte außerparlamentarische Orientierung, eine ehrliche Analyse unserer Erfahrung mit Regierungsbeteiligungen und eine kritische Debatte über die Strategien unserer Landtags- und Bundestagsfraktionen. Der Landesverband stellt diesen Antrag auch auf dem kommenden Bundeskongress der Linksjugend [‘solid].

Afghanistan darf sich nicht wiederholen!

20 Jahre nach dem Beginn des völkerrechtswidrigen Krieges in Afghanistan zeigt sich die verheerende Wirkung solcher Kriegseinsätze auf die Region und Bevölkerung in drastischer Weise. Als friedensbewegter Verband haben wir gemeinsam mit anderen Akteuren der Friedensbewegung stets vor dem Schaden gewarnt, der durch die NATO-Kriege entsteht. Entgegen der Propaganda der NATO-Kriegstreiber ging es dabei nie um das Wohl der afghanischen Bevölkerung. Unter dem Deckmantel des „War on Terror“ ging es stets um die Durchsetzung imperialistischer Interessen und strategischer Ziele in der Region. Historisch markiert die Beteiligung der Bundeswehr eine zweite Zäsur nach der Bombardierung Jugoslawiens durch deutsche Soldaten. Mit der dauerhaften Stationierung deutscher Truppen versucht die BRD, nach dem Wegfall der Systemkonkurrenz, ihrem Weltmachtsanspruch auch militärisch Ausdruck zu verleihen. Die Kriegslüge „Deutschland werde auch am Hindukusch verteidigt“ hatte die Funktion, Krieg als Instrument der Politik zu normalisieren. Doch auch heute noch lehnt die Bevölkerung in Deutschland mehrheitlich Kriegseinsätze ab. Hieran sollten wir anknüpfen und dieser Mehrheit eine laute und selbstbewusste Stimme geben.

Besonders die Kriegsverbrechen mitsamt deutscher Unterstützung bei dem Luftangriff von Kundus, der geächtete Einsatz von Streumunition, die militärische Unterstützung der völker- sowie menschenrechtsverletzenden Todeslisten (Artikel 3 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, Artikel 6 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte) müssen dringend aufgearbeitet werden. Angehörige und Opfer sind zu entschädigen und die bisherige Straflosigkeit für Kriegsverbrechen ist aufzuheben. Die Aufdeckung dieser Taten muss straffrei bleiben und unabhängige Journalist*innen sowie Publizist*innen, wie z.B. Julian Assange müssen in Deutschland Asyl angeboten bekommen.

Wir als Linksjugend [´solid] Hessen schließen uns deshalb der Kampagne #Free Assange an und streiten aktiv für den Aufbau der Friedensbewegung. Hierzu beteiligen wir uns zeitnah am diesjährigen Friedensratschlag in Kassel und suchen die lokale Zusammenarbeit mit anderen Friedensakteuren. Die Linksjugend [´solid] Hessen beteiligt sich an der Planung und Durchführung einer „Afghanistan-Konferenz“, die DIE LINKE.Hessen plant durchzuführen.

Beteiligung am Friedensratschlag

Die Linksjugend [´solid] Hessen beteiligt sich am Friedensratschlag 2021, der voraussichtlich am 4.12.2021 stattfinden wird. Sollte er in Präsenz stattfinden, beteiligt sich der Landesverband vor Ort am Ratschlag, ruft zur Teilnahme auf und beteiligt sich an den entstehenden Kosten für teilnehmende Genoss:innen. Sollte der Friedensratschlag digital stattfinden, organisiert der LSp*R einen Raum, in dem solid-Genoss:innen den Friedensratschlag gemeinsam verfolgen können.

Beteiligung an der Luxemburg-Liebkecht-Demonstration

Im Rahmen des alljährlich stattfindenden LL-Wochenendes beteiligt sich die linksjugend [solid] Hessen an der Demonstration in Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebkecht am 9. Januar 2022 in Berlin. Der LSp*R organisiert eine gemeinsame Anreise- und Übernachtungsmöglichkeit und ein politisches Rahmenprogramm. Die mit dem Wochenende entstehenden Kosten werden vom Landesverband subventioniert.

1,5 Jahre Corona-Pandemie – Raus aus der Krise heißt raus aus dem Neoliberalismus!

„Covid-19 hat bereits bestehende Klüfte, Verwundbarkeiten und Ungleichheiten vertieft und neue Brüche, darunter auch Verwerfungen im Bereich der Menschenrechte, aufgerissen. Die Pandemie hat die Verflechtung unserer Menschheitsfamilie offenbart - und das gesamte Spektrum der Menschenrechte: bürgerliche, kulturelle, wirtschaftliche, politische und soziale Rechte. Wenn eines dieser Rechte angegriffen wird, sind andere in Gefahr.“

UN-Generalsekretär Antonio Guterres, „Die Welt ist mit einer Pandemie der Menschenrechtsverletzungen konfrontiert im Gefolge von Covid-19“, 22. Februar 21, The Guardian

Bei einer Landesmitgliederversammlung der Linksjugend [solid] Hessen im Mai 2021 hat die hessische Landespolizei mit Bußgeldern gedroht, die Mitgliederversammlung des Jugendverbands zur Auflösung gedrängt und Kontaktdaten-Listen gezwungen herauszugeben, die eigentlich für die Corona-Nachverfolgung gedacht war. Das alles geschah aus Gründen des „Infektionsschutzes“. Das Vorgehen der Polizei mit unserer politischen Versammlung verurteilen wir als Linksjugend [solid] scharf!

Weil den Herrschenden die Legitimation für ihre neoliberale Politik verloren geht, greifen sie ganz tief in die autoritäre Mottenkiste: mit Ausgangssperren und der Außerkraftsetzung der Versammlungsfreiheit. Diese massive Eindämmung demokratischer Gestaltungsmöglichkeiten gehen einher mit der Erklärung, dass der aktuelle kapitalistische Zustand alternativlos sei. Gleichzeitig möchten wir als Linksjugend [solid] zeigen wie es anders geht!

Die Corona-Krise entpuppte sich immer deutlicher als eine Krise des Kapitalismus mit all ihren gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen.

Der neoliberale Dreiklang aus Privatisierung, Demokratie- und Sozialstaatsabbau verwirkt das eigene Lösungsversprechen der Krise und ist darüber hinaus für die Verschärfung der Krise verantwortlich. Die aktuelle Aufrüstungspolitik in Polizei & Militär verschlingt nicht nur übriggebliebene Gelder & Ressourcen, sondern haben auch die Funktion Eigentums- und Produktionsverhältnisse zu schützen sowie die außenpolitischen Aggressionen im Kampf um Märkte & Einfluss zu unterstützen.

Die Antwort auf diese Entwicklung kann nur ein ausgebauter Sozialstaat sein, die zivile Demokratisierung in allen Lebensbereichen (Mitbestimmung in Universitäten,

Schulen, Betrieben, im Stadtteil usw.) und damit auch die Wiederaneignung von z.B. Krankenhäusern und Wohnungen. Wir sehen diese Notwendigkeit nicht nur, um kapitalisierte Bereiche zu schwächen. Besonders möchten wir die Alternative stärken: die Gemeinwohlorientierung (in Gesundheit, Bildung und Wohnen) voranzutreiben und damit auch den bereits vor Corona begonnenen autoritären Staatsumbau im Dienste des deutschen Imperialismus zu bekämpfen.

Deshalb treten wir ein für Aufklärung, Demokratie und Solidarität als Lösung der Krise statt wie die Regierenden mit einer rassistischen und autoritären Polizei und Militär zu antworten. Ausgehend vom kubanischen Vorbild ist die Antwort auf eine Pandemie Gesundheit zu stärken statt repressiv zu handeln – auch international sind Auslandseinsätze von Ärzteteams statt von Bundeswehrsoldat:Innen notwendig. Wir sind der festen Überzeugung:

Es ist eine zivilisatorische Katastrophe, wenn nach über einem 1,5 Jahren Pandemie immernoch die Polizei – ausgestattet mit Pistolen, Handschellen und Schlagstöcken – für Gesundheit zuständig ist statt mehr Ärzt:Innen und Pflegekräfte.

Die bisherige Corona Politik Jens Spahns lenkt ab von dem kolossalen Scheitern der herrschenden neoliberalen Politik der letzten Jahre. Die „Schuld“ für die Pandemie soll uns allen für unser individuelles Sozialverhalten in die Schuhe geschoben werden.

Pandemie sei, weil wir uns als Bevölkerung nicht genug am Riemen reißen würden, weil Jugendliche unvernünftig seien oder das Problem wird gleich komplett auf Migrant:innen abzuwälzen versucht. Das alles hat einen Zweck: wir sollen uns schuldig fühlen, weil der unsägliche Umgang eine Art „Naturkatastrophe“ sei. Gegen die Natur oder uns selbst lässt sich eben schlecht eine Demo machen.

Gleichzeitig werden heimlich Krankenhäuser privatisiert, die Rüstungsausgaben erhöht und an Universitäten Sparprogramme durchgesetzt, die die sozialen Rechte der Menschen massiv beschneiden.

Wir als Linksjugend [solid] fordern daher: Luftfilter für alle öffentlichen Einrichtungen, eine stärkere öffentliche Bus- und Bahntaktung (die kostenlos sein muss!), pädagogisch sinnvollere Kleingruppen in Bildungszusammenhängen und gesundes Wohnen für alle statt Massen- und Sammelunterkünfte (für z.B. Obdachlose & Geflüchtete).

Deshalb brauchen wir eine gesellschaftlich demokratische Debatte, Transparenz und Aufklärung über das richtige Vorgehen im Kampf gegen Pandemie und Zivilisationskrise, um gemeinsam eine solidarische gesellschaftliche Perspektive zu entwickeln. Die Krise lösen wir nur gemeinsam als demokratische Bürger:innen, nicht als verängstigte Untertanen.

Wir müssen die Grundrechte von der Last der Angst befreien und die sozialen Rechte auf Gesundheit, Menschenwürde und Ausbau der Demokratie gemeinsam erkämpfen – die bürgerlichen Parteien werden das nicht für uns tun. Häufig wird aktuell das „Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit“ (Art. 2 Absatz 2 GG) als neues „Supergrundrecht“ in Stellung gebracht und gegen alle anderen Grundrechte ausgespielt. Doch die Grundrechte sind entstanden als antifaschistisches Gesamtensemble. Als diese Einheit müssen wir die Grundrechte auch realisieren und dem Tenor der „Alternativlosigkeit“ eine solidarische Praxis entgegenstellen.

Bildung, Wissenschaft und Kultur sind in diesem Sinne systemrelevant und systemänderungsrelevant: Der Kampf um die Wissenschaft ist der Kampf um die Deutung der aktuellen Krise als polit-ökonomische und damit überwindbare Krise statt der versuchten Verklärung als Naturkatastrophe oder Kriegsrhetorik. Der Kampf um die Bildung mündiger Persönlichkeiten ist der Kampf um das Begreifen der eigenen kollektiven, geschichtlichen Handlungsfähigkeit entgegen Vereinzelung und Passivierung. Kritische Wissenschaft und emanzipatorische Bildung können durch Aufklärung und Lösungserarbeitung, durch Solidarität und Geschichtsbewusstsein zum tiefgreifenden Systemwechsel erheblich beitragen.

Dementgegen wird mit der Politik an (insbesondere) den (Hoch-)Schulen und der verordneten „Online-Lehre“ dieses positive Potential der Wissenschaft und Bildung weiter eingeschränkt, die Vereinzelung vorangetrieben, die soziale Existenzgrundlage von Lernenden zerstört, die Prüfungsfixierung verschärft und somit versucht, das neoliberale Bildungssystem zu retten und damit zu steigern – mit verhängter Zwangs-Digitalisierung zur Freude von Bertelsmann, zoom, Microsoft und Co. KG.

So wird im Brennglas deutlich, was vor der Krise schon ein Problem war. Die Klassenauseinandersetzung tobt in der Bildung und Wissenschaft zwischen Anpassung an Verwertbarkeit oder Emanzipation. Dabei haben wir es in der Hand, den Widerspruch zwischen Produktivkraftentwicklung und Produktionsverhältnissen positiv aufzuheben:

Die Linksjugend [!solid] kämpft:

- Gegen die Einschränkungen der Versammlungsfreiheit.
- für das Recht auf Arbeit, bezahlbaren und angemessenen Wohnraum, ein umfassendes Diskriminierungsverbot, das Recht auf Bildung, Streikrecht und eine Gesundheitsversorgung für alle. Die Bundesregierung muss sofort das Zusatzprotokoll des UN-Sozialpakts unterzeichnen damit die sozialen Grundrechte direkt einklagbar werden.
- für verbindliche gesetzliche Regelungen zum Schutz vor Infektionen mit Corona am Arbeitsplatz und auf dem Arbeitsweg sowie deren Durchsetzung durch wirksame Kontrollen.
- für umfassende Gesundheitsversorgung: die Linksjugend [!solid] kämpft für einen sofortigen Stopp von den wirkungslosen Ausgangssperren und die Eindämmung des Virus durch Massentestungen, genauere Nachverfolgung von Infektionsquellen und darauf basierende Maßnahmen statt Kontaktnachverfolgung nach dem Prinzip der Gießkanne, qualifizierte Analyse des Infektionsgeschehens und darauf basierende Maßnahmen (inkl. einer entsprechenden Ausstattung der Gesundheitsämter mit zusätzlichem Personal), sozialstaatlich abgesicherte Quarantäne, kostenlose Schutzausrüstung für alle, weltweite Vergesellschaftung von Impfstoffentwicklung und -produktion zum Gemeingut, Lüftungsanlagen in öffentlichen Gebäuden, Rekommunalisierung von Krankenhaus und Pflege, mehr Personal bei Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung und besonderer medizinischer Schutz sowie gesellschaftliche Teilhabe für vulnerable Gruppen (insbesondere in Heimen).
- **Revitalisierung von kritischer und emanzipatorische Bildung** Demokratisierung der Bildungsinstitutionen. Schul- und universitätsweite Themensemester welche durch

Zusammenarbeit unter einer gemeinsamen Fragestellung zur Lösung der drängenden gesellschaftlichen Probleme unserer Zeit – ökologisch nachhaltiges Wirtschaften, Fluchtursachenbekämpfung, zivile Konfliktlösungen und soziale Ungleichheit – beitragen. Zivilklauseln an den Universitäten und Bundeswehrverbot an Schulen. Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems hin zu inklusiven Gesamtschulen, Abschaffung von Benotungen und massive Reduktion der Prüfungslast, damit Prüfungen zur Rückmeldung im Lernprozess statt Selektion für die Verwertung werden. Bedarfsdeckende Finanzierung aller öffentlichen Bildungsinstitutionen.

- Die Freigabe der Patente der Covid19-Impfungen.

- Die Rückkehr zu kostenlosen Tests für alle, unabhängig davon ob Menschen geimpft oder genesen sind. Das 3G-Modell wird verpflichtend eingesetzt, da 2G viele Menschen ausschließt u.a eben Kinder und Jugendliche ohne Impfangebot und ohne die Möglichkeit sich kostenlos testen zu lassen.

- Wir fordern politische Konsequenzen für jeden, der sich an der Coronakrise (durch z.B. Maskenskandale) bereichert hat.

- Für das Ende der Pandemie muss es einen Plan geben, damit wir auch wieder eine Zukunftsperspektive haben. Allerdings darf das Ende der Pandemie nicht einfach vom Kapitalismus bestimmt werden, sondern die Wissenschaft wird mit Studien und Forschungen als Maßstab für diese Entscheidungen genommen.

- Die Coronapandemie wird nicht unsere letzte Pandemie gewesen sein. Deshalb fordern wir eine umfassende Evaluation aller Maßnahmen und der Offenlegung der Ergebnisse, damit zukünftige Regierungen aus den Fehlern lernen können.

Wissenschaftlich-sozialistische Bildung stärken

„Lernen, lernen, nochmals lernen, sagte Russlands größter Sohn, Waldimir Iljitsch Lenin, schon.“

Um den politischen Kampf erfolgreich führen zu können, müssen wir unsere Gesellschaft und die Kräfteverhältnisse der in ihr kämpfenden Klassen analysieren können. Für eine ordentliche Analyse braucht es wissenschaftliche Grundlagen. Der Marxismus bietet uns ein wichtiges Werkzeug zum Verständnis unserer Gesellschaft und – daraus resultierend – die Mittel zu ihrer Veränderung.

Der LSp*R organisiert eine Schulung in Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus. Das sollte mindestens in Form eines Wochenendseminars geschehen, bei der Genoss:innen aus dem ganzen Landesverband die Möglichkeit zur kostenfreien Teilnahme haben. Auf der Grundlagenschulung sollen Grundlagen der Theorie der Arbeiter:innenbewegung nicht als isolierter Wissenskanon, sondern in Auseinandersetzung mit aktuellen politischen Konflikten und in Konfrontation mit bürgerlichen Erklärungsansätzen bearbeitet werden.

Aufbauend darauf soll marxistische Bildung ein regelmäßiger Bestandteil der politischen Arbeit des Landesverbandes und der Basisgruppen werden.

Der LSp*R bereitet einen Entwurf für eine solche Grundlagenschulung vor. Diese soll jeder LSp*R zu Beginn der Legislatur – besonders neue Funktionsinhabende – vor Beginn der eigentlichen Arbeit anhand aktueller Konfliktlinien, Beschlüssen und Diskussionen innerhalb des Jugendverbandes exemplarisch lernen. Die Schulung ist für weitere Genoss:innen offen. Die konkrete Organisation übernimmt der LSp*R. Pro Schulungstag soll mindestens ein Schriftstück einer nicht-männlichen Person behandelt werden.

Solidarität mit dem rebellischen Lateinamerika

Die Linksjugend [`solid] Hessen solidarisiert sich mit den fortschrittlichen Kräften in Lateinamerika und verurteilt die zunehmende Repression durch den bürgerlichen Staat und die imperialistische Einmischung von außen.

Wir unterstützen den sich verstärkenden Widerstand in zahlreichen Ländern des Kontinents gegen Ausbeutung, Neoliberalismus und Unterdrückung und wir setzen uns für den gerechten Kampf der Völker des globalen Südens gegen den Imperialismus ein.

Als Jugendverband stellen wir uns gegen den Interventionismus und die Einmischung des Westens und wir verurteilen vor allem die Rolle des deutschen und europäischen Kapitals und ihrer Regierungen bei Putschen, Sanktionen, Waffenlieferungen oder der Finanzierung von rechten Kräften. Der deutschen Bank, dem US-Außenministerium und den spanischen Konzernen rufen wir zu: Bleibt zuhause!

Wir danken unseren Genoss:innen im sozialistischen Kuba und im bolivarianischen Venezuela, aber auch in Chile, Kolumbien, Ecuador, Nicaragua oder Mexiko, die den Kapitalismus nicht als das Ende der Geschichte begreifen und trotz Repression durch den Staat oder Paramilitärs und trotz des Drucks durch die USA und ihrer Verbündeten ihren Kampf für eine gerechte Welt nicht aufgeben. Den Zapatisten in Chiapas, den kubanischen Ärzte-Brigaden, den Feministinnen in Mexiko, den Demonstrierenden in Ecuador und der progressiven Bewegung Boliviens gehört unsere Solidarität.

Für uns als sozialistischen Jugendverband ist die internationale Solidarität mit den fortschrittlichen Kräften eine Selbstverständlichkeit, denn als Sozialist:innen ist uns klar, dass der Kampf gegen den Kapitalismus nicht in nur einem Land gewonnen werden kann, sondern dass der Kampf weltweit geführt werden muss.

Alle Wege des Antikommunismus führen zur Repression

Als Linksjugend [`solid] Hessen verstehen wir uns als sozialistischen Jugendverband und jede Art von staatlicher Repression gegen Sozialist:innen, Antikapitalist:innen und Antifaschist:innen sind damit auch Angriffe auf uns. Deswegen solidarisieren wir uns mit denjenigen, die Opfer durch Verfolgung durch den Staatsapparat geworden sind, wir verurteilen die zunehmende Drangsalierung der Arbeit progressiver Strukturen und fordern ein Ende der Repression gegen unsere Genoss:innen.

Bundesparteitag der AfD nicht unkommentiert lassen!

1. Die Linksjugend solid Hessen unterstützt die Proteste gegen den AfD Bundesparteitag und ruft ihre Mitglieder dazu auf, sich zu beteiligen. Fahrtkosten, die hierbei entstehen, übernimmt der Landesverband.
2. Die Linksjugend solid Hessen beteiligt sich an der Finanzierung von Großflächenplakaten – auch „Wesselmann“ genannt. Um den Inhalt des Plakats zu bestimmen, lädt der Landessprecher:innenrat zu einer online Sitzung ein.

Für ein Hessen, das Geflüchtete in Not aufnimmt

Der Landesverband der Solid organisiert die Bestrahlung des Landtages mit einer Lichtinstallation für ein sofortiges Landesaufnahmeprogramm geflüchteter Menschen, die an der Grenze zwischen Polen und Belarus um einen Zugang zur Europäischen Union kämpfen und einem schweren Winter entgegensehen. Diese Aktion wird medial und mit Presseerklärungen begleitet.

Unsere Haltung zu einer linken Regierungsbeteiligung

Als Linksjugend [solid] Hessen sind wir der Überzeugung, dass wir aus den Krisen unserer Zeit nur mit einem Systemwechsel herauskommen. Wir müssen den zerstörerischen Kapitalismus überwinden und mit ihm eine Politik, die sich dieser Ordnung unterwirft, beenden.

Als Sozialist:innen sind wir davon überzeugt, dass es stattdessen eine solidarische Gesellschaft braucht, die niemanden zurücklässt und seine ökologischen Grundlagen nicht länger zerstört. Eine solche Gesellschaft wollen wir mit einem sozial-ökologischen Transformationsprozess erreichen.

Dafür ist es notwendig, dass sich viele verschiedene Gruppen und Akteure, die dieses Ziel teilen, organisieren und nachhaltige soziale Bewegungen aufbauen, welche gemeinsam eine linke Gegenmacht bilden.

In unserem Jugendverband engagieren sich Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen und strategischen Überzeugungen. Wir sind zum einen ein Bestandteil von Protestbewegungen auf der Straße oder in Blockaden und zum anderen die Jugendorganisation der Partei DIE LINKE Hessen, welche in Parlamenten vertreten ist. Für uns besteht darin kein Widerspruch, sondern eine Praxis, die Bewegung und Parteienpolitik zusammendenkt und entsprechende Brücken bauen kann.

Denn wenn gesellschaftlicher Wandel und Bewegungen, die ihn erkämpfen, keinen verlässlichen Partner in den Parlamenten haben, wird extremes Veränderungspotential vergeudet. Wir stehen kritisch-solidarisch an der Seite der Partei DIE LINKE Hessen und

unterstützen ihre Politik. Gleichzeitig sind wir kritisch und mischen uns auf den verschiedenen Ebenen ein oder widersprechen diversen Mandatsträger:innen, wenn wir das als notwendig erachten. Da DIE LINKE. Hessen zu Wahlen antritt und sich als fester Bestandteil der Parteienlandschaft etabliert hat, ist es nicht abwegig, dass die Beteiligung an einer zukünftigen Bundesregierung (gemeinsam mit Grünen und SPD) in der Partei diskutiert wird.

Sollte nach einer Bundestagswahl eine rot-rot-grüne Koalition rechnerisch möglich sein, werden wir uns als linksjugend [solid] Hessen in die Debatte zu den Ergebnissen von potenziellen Sondierungsgesprächen kritisch einbringen. Wir lehnen Verhandlungen zu einer gemeinsamen Koalition mit Grünen und SPD nicht kategorisch von vornherein ab. Genauso wenig verstehen wir den Weg in die Regierung als Automatismus. Eine LINKE Regierungsbeteiligung darf kein Selbstzweck sein oder nur minimale kosmetische Veränderungen herbeiführen. Wir erwarten und verlangen, dass ein klarer Transformationsprozess erkennbar sein muss. Unsere roten Haltelinien dürfen auch bei einer etwaigen Regierungskoalition nicht aufgeweicht werden.

Für die kommende Landtagswahl soll der Lsp:R deshalb zusammen mit allen Aktiven im Verband Anforderungen an eine LINKE Regierungsbeteiligung formulieren. Das könnten unter anderem folgende Punkte sein:

- Stopp aller Abschiebungen aus Hessen
- Aufnahme von Geflüchteten
- eine konsequente Klimaschutzpolitik zur Einhaltung des 1,5 Grad-Zieles mit einer sozial-ökologischen Verkehrswende und einem massiven Ausbau der erneuerbaren Energien
- "Kein Werben für's Sterben" - Für ein Werbeverbot der Bundeswehr im öffentlichen Raum insbesondere in Schulen und auf Veranstaltungen
- eine innenpolitische Kehrtwende weg von Verschärfungen von Polizeigesetzen und Militarisierung, hin zu mehr Freiheitsrechten
- Die Freigabe aller NSU-Akten und politische Konsequenzen für alle, die Aufklärung blockieren
- Lückenlose Aufklärung von NSU 2.0
- "No justice no Peace - Defund the police" - Immer mehr rechtsextreme Chatgruppen tauchen auf, das SEK FFM wurde sogar aufgelöst. Die strukturellen Probleme der Polizei sind gerade in Hessen spürbar und eine Reform wird es nicht verbessern.

Egal, ob DIE LINKE Hessen in der Regierung oder in der Opposition sitzt, ihre Aufgabe ist es die Interessen der sozialen Bewegungen zu vertreten und sich für die ökonomisch benachteiligten Menschen in dieser Klassengesellschaft stark zu machen.

Außerdem steht sie solidarisch an der Seite marginalisierter Gruppen und unterstützt sie bei ihren Kämpfen gegen alle Diskriminierungsformen.

Auf keinen Fall darf es dazu kommen, dass DIE LINKE Hessen Politik gegen ihre eigenen Verbündeten betreibt, um scheinbare staatspolitische Verantwortung zu zeigen.

Wenn eine potenzielle Koalition deswegen scheitern würde, dann passiert das aus gutem Grund. Der LSp:R wird dazu verpflichtet, im Falle der Durchführung von Sondierungsgesprächen schnellstmöglich eine innerverbandliche Debatte zu Sondierungsgesprächen und möglichen Koalitionsverhandlungen zu organisieren und diese zur Grundlage seiner Positionierungen hinsichtlich einer LINKEN Regierungsbeteiligung zu machen, bis ein Bundeskongress sich detaillierter positioniert.

Klar muss sein: Auch, wenn DIE LINKE Hessen an der Regierung beteiligt ist, stehen wir als sozialistischer Jugendverband in Opposition zum System, in dem wir leben. Der Staat ist kein neutraler Raum – in ihm verdichten sich die Kräfteverhältnisse zwischen verschiedenen Klassen und Fraktionen innerhalb dieser Klassen. Sozialistische Strategie darf sich also nie auf Staat, Regierung und Parlamente beschränken, sondern muss die Veränderung dieser Kräfteverhältnisse durch Organisation und Selbstermächtigung des Proletariats in Angriff nehmen.

Forderungen zu Arbeitsbedingungen im Gesundheitssystem

Der Pflegenotstand in Deutschland ist vermutlich allen ein Begriff. Seit Jahren wird die Situation in Krankenhäusern und besonders Pflegeheimen immer prekärer. Dieser Notstand betrifft nicht nur die Pflege, sondern alle Bereiche des Gesundheitssystems, wie Geburtshilfe und Rettungsdienst.

Die Probleme sind denkbar vielschichtig: von dem Klassensystem in der Versicherungsform, neue DRG Abrechnungsformen (nach Basisdiagnose statt nach individuellem Bedarf) bis zum Verkauf von Krankenhäusern an private Konzerne. Ziel ist auch im Gesundheitssystem die Profitmaximierung. Die Corona Krise hat diese Situationen nur noch potenziert.

In den letzten Wochen gab es weitere Streiks für bessere Arbeitsbedingungen, unter anderem in Berlin, und es wurde nach drei Wochen im Rahmen eines 100 Tage Ultimatums ein Eckpunktepapier mit Vivantes und Charité erhandelt. Es wurden folgende Forderungen aufgestellt:

- Schichtgenaue Ratios auf allen Stationen (vor allem Kreißsäle und Rettungsstellen)
- Wenn Mindestpersonalbesetzung nicht gegeben ist, werden Belastungspunkte vergeben, die zu Freischichten führen → Belastungsausgleich
- Aufführung von tätlichen Angriffen und Belastungsaufzeichnung
- Für Auszubildende: Einarbeitung, mehr Praxiszeit, angepasste Belastungspunkte

Weitere Forderungen:

- Personalschlüssel mit Belastungsausgleich in ALLEN Pflegeeinrichtungen
 - Einheitliche Tarifverträge in Krankenhaus und Pflegeeinrichtungen für ALLE Bereiche
- SPD, Grüne und FDP haben sich im Wahlkampf zur Eins-zu-Eins Betreuung in der Geburtshilfe bekannt. Also sollte die LINKE sie wieder und wieder daran erinnern, dieses Versprechen zu halten und die Situation in den Krankenhäusern durch mehr Arbeitskräfte zu verbessern. Das Problem liegt nicht nur am Lohn, sondern vor allem auch an Stellenstreichungen und der Schließung von Krankenhäusern. Warum? Weil Krankenhäuser Profitorientiert gesteuert sind. Die Forderung nach einer Deprivatisierung und Dekommerzialisierung der Krankenhäuser sollte weiterhin auf unserer Agenda stehen, um soziale und gerechte (medizinische) Versorgung zu ermöglichen. Dies sind erste Forderungen, die in Berlin dank Streiks durchgesetzt wurden und jetzt bundesweit eingeführt werden sollten.

Diese Forderungen werden auf dem kommenden Bundeskongress der Linksjugend [‘solid] eingebracht und an die LINKE weitergegeben.

Mehr Inklusion für alle – In der Ruhe liegt die Kraft

Der Lsp*R soll bei allen zukünftigen Veranstaltungen dafür sorgen, dass ein Ruheraum eingerichtet wird. Dieser dient als Safespace für Genoss:innen, die sich aus verschiedensten Gründen aus einer für sie stressigen Situation rausziehen müssen.

Der Raum sollte nach Möglichkeit abdunkelbar sein und barrierefrei und muss offen zugänglich sein, ohne dass eine Person vorher gefragt werden muss.

Der Raum sollte zudem klar kenntlich gemacht werden mit einem 'Nicht Stören!' Schild an der Tür. Im Raum selbst sollten zudem Getränke und kleinere Snacks verfügbar sein, Sitzgelegenheiten und nach Möglichkeit auch eine Liegemöglichkeit.

Basisdemokratie muss Praxis werden

Die Linksjugend ['solid] ist ein Verband, in dem alle Entscheidungen von der Mitgliedschaft getroffen werden. Die Landesmitgliederversammlung ist das höchste Gremium unseres Landesverbandes und gibt verpflichtende Aufträge an den Landessprecher:innenrat. Deshalb fordern wir:

1. Der LSp:R soll sich an den Beschlüssen der LMV verpflichtend orientieren und sie in der Öffentlichkeit repräsentieren.
2. Materialien des Jugendverbandes müssen immer an aktuellen Beschlüssen des Jugendverbandes orientiert sein und müssen deren Inhalte repräsentieren.

Täterschutz angreifen - feministische Solidarität aufbauen!

Als feministischer Jugendverband steht die linksjugend ['solid] Hessen an der Seite aller von patriarchaler und sexualisierter Gewalt Betroffenen. Der Landesverband Hessen verpflichtet sich, sich gegen alle patriarchalen Strukturen in der Partei und im Jugendverband zu engagieren und die verlässliche Stimme der Betroffenen zu sein.

Resolution – Schluss mit Täterschutz!

Sexuelle Belästigung ist für Viele immer noch Alltag, obwohl wir es nicht gerne zugeben, leider auch in der Partei die LINKE und in der linksjugend [`solid].

Eigentlich ist es Konsens unter Linken, dass niemand sexuell belästigt werden darf und dass es keinen Täterschutz geben darf.

Die Partei und der Jugendverband bieten für Betroffene noch immer nicht genügend Unterstützung und sind auch nur scheinbarer Schutzraum. Aufgrund aktueller Ereignisse sieht es momentan sogar so schlimm aus, dass Menschen die betroffen sind als psychisch labil und Lügner bezeichnet werden. Sie werden als Rachsüchtige Karrierezerstörerinnen abgestempelt und nicht ernst genommen. Das kann nicht sein!

Bei Vorwürfen werden immer Stimmen laut, die schreien, dass eventuelle Täter ja so viel für die Partei oder den Jugendverband oder auch außerhalb der Partei oder des Jugendverbandes getan haben.

Egal ob Genosse oder nicht, kann das ja sein aber es hat nichts mit dem ursprünglichen Problem und der Richtigkeit der Vorwürfe zu tun. Darüber muss sich jeder Täter vorher Gedanken machen. Diese Strategie der Vermeidung sendet ein noch schlechteres Bild über die Partei die Linke und den Jugendverband an die Außenwelt, als wenn man sich geschlossen hinter die Betroffenen stellt.

Die Einwürfe sind feige Vorwände, die für Betroffene verheerende Auswirkungen haben.

Wir dürfen Themen wie Missbrauch und sexualisierte Gewalt nicht verschweigen. Wir müssen der Umbruch sein und einen dringend nötigen Schutzraum aufbauen.

Wenn Menschen es schaffen den Mut aufzubringen über ihre schlimmen Erfahrungen zu sprechen, müssen wir es auch schaffen den Mut zu fassen ihnen bei Seite zu stehen.

Egal wer der Täter ist, ob Fremder oder Genoss:in, verurteilen wir jegliche sexualisierte Gewalt und fordern Unterstützung für die Betroffenen.

Wir sagen Schluss mit Täterschutz und fordern als linksjugend [`solid] HESSEN, dass sich der Jugendverband und die LINKE mit allen ihren Gliederungen geschlossen hinter die Betroffenen stellen! Außerdem soll die sich gerade aufbauende FLINTA*-Struktur eine Support-Struktur für Betroffene aufbauen und eine Anlaufstelle für Support bei sexualisierter Gewalt werden.